

# **Überblick über den Gang der Veranstaltung**

- I. Europäische Integration**
- II. Europäische Union**
- III. Europäische Union und Mitgliedstaaten**
- IV. Organe (der Europäischen Gemeinschaften)**
- V. Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaften**
- VI. Rechtsschutz**
- VII. Grundfreiheiten des Binnenmarktes**
- VIII. Grundrechte**

**→ Abschlussklausur: 24.01.2005**

**→ Klausurbesprechung: 31.01.2005**

# **I. Europäische Integration**

## **1. Motive und Mittel zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften**

- Sicherung des Friedens zwischen traditionell rivalisierenden Staaten mittels sektoraler Übertragung von Souveränität auf supranationale Gemeinschaften in einem rechtlich verankerten Verfahren

## **2. Verschiedene konkrete Integrationsbemühungen**

- Diverse Pläne zur Integration

Briand

W. Churchill: „Züricher Rede“ 19.09.1946

- 1948 Gründung von Westeuropäischer Union und OEEC (später OECD)
- 1949 Gründung des Europarates, Gründung des RGW

Rede von R. Schuman: 09.05.1950

- 1951/52 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion)

- 1957/58 „Verträge von Rom“: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EAG)

Sechser-Gemeinschaft:

Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg

- 1960 Gründung der Europäischen Freihandelszone (EFTA) durch sieben andere westeuropäische Staaten

### **3. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften**

- 1965: Fusionsvertrag
- Erweiterung auf „Gemeinschaft der Zwölf“:

ab 1.1.1973: Großbritannien, Irland, Dänemark;

ab 1.1.1981: Griechenland;

ab 1.1.1986: Spanien, Portugal

- 1986/87 Einheitliche Europäische Akte (EAA)
- 1992/93 Vertrag von Maastricht (Unionsvertrag)
- Erweiterung auf „Union der Fünfzehn“

ab 1.1.1995: Österreich, Schweden, Finnland

- 1997/99 Vertrag von Amsterdam
- 1999 – 2002 Übergang zu einer gemeinsamen Währung

- 2000 feierliche Proklamation der von einem Konvent erarbeiteten Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- 2001 Vertrag von Nizza (seit 1.2.2003 in Kraft)
- 18.7.2003 Entwurf einer „Verfassung für Europa“ durch Verfassungskonvent (tagte von 2002-2003)

ab 1.5.2004: Beitritt Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern

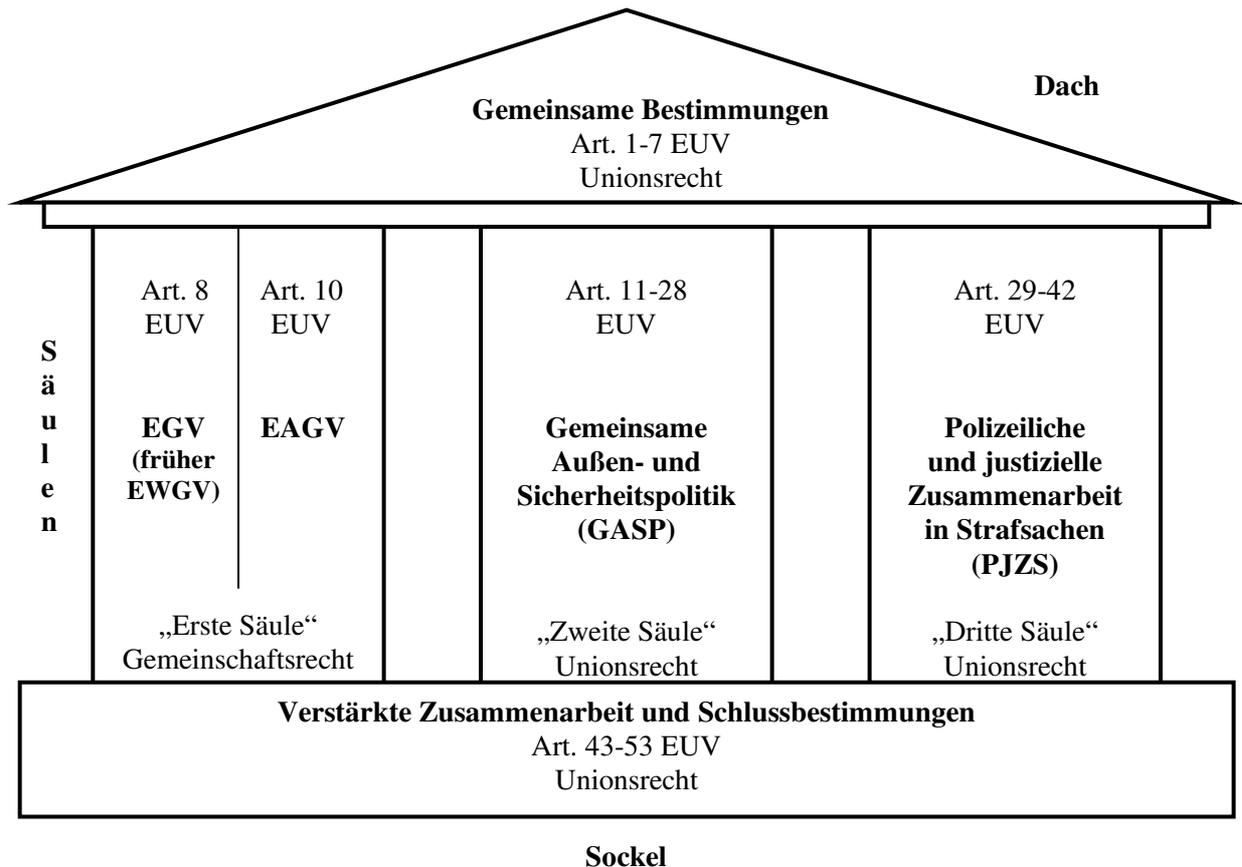
- 17./18.6.2004 Einigung der Staats- und Regierungschefs über Europäische Verfassung

### **Geplant:**

- 29.10.2004 Unterzeichnung der Verfassung in Rom
- Dezember 2004 Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
- Ab 2005 Beitrittsverhandlungen mit Kroatien
- 1.11.2006 Inkrafttreten der Verfassung, wenn von allen Mitgliedstaaten ratifiziert
- Januar 2007 Beitritt Bulgariens und Rumäniens

## II. Europäische Union

„Rahmen“/„Dach“, in/unter dem die Integrationsziele auf verschiedenen Gebieten in unterschiedlicher Form und Intensität verwirklicht werden



Grafik nach Schweitzer, Staatsrecht III, 8. Aufl. 2004

Die Frage nach der Rechtspersönlichkeit:

- Für EU nicht im EUV bestimmt. Aber auch ihr Fehlen ist nicht ausdrücklich normiert. Rat kann lt. EUV internationale Verträge schließen (vgl. Art. 24 EUV), wozu es eigentlich der Völkerrechtsfähigkeit bedürfte. → Umstritten!
- Für die EG im EGV ausdrücklich festgelegt (Art. 281 EGV)

## 1. Europäische Gemeinschaft(en)

- Die Europäische Gemeinschaft basiert auf dem Gemeinschaftsvertrag (EGV). Sie besitzt:
  - Völkerrechtssubjektivität (Art. 281 EGV)
  - Verbandskompetenz (Art. 5 I EGV)
  - Rechtspersönlichkeit gemäß staatlichem Recht (Art. 282 EGV)
  
- Der EGV ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten
  
- Vertragsänderungen sind möglich durch
  - die Mitgliedstaaten mit vorgeschalteter Gemeinschaftsphase (Abweichung vom Völkerrecht, Art. 48, 49 EUV), Evolutivklauseln (z.B. Art. 190 IV EGV)
  - jüngste Entwicklung: Einrichtung eines besonderen Gremiums (Konvent) zur Erarbeitung wichtiger Neuerungen (bislang: Charta der Grundrechte, Verfassungsentwurf)
  - Durch Gemeinschaftsorgane („autonome“ Vertragsänderung, z.B. Art. 224 I 2 EGV: Festlegung der Zahl der Richter am EuG durch Satzung)

- Auslegung der Verträge
  - Sprachenfrage: Vertragssprachen (Art. 314 EGV); Regelung der Amtssprachen durch den Rat (Art. 290 EGV)
  - Auslegungsgrundsätze

Der EuGH folgt grundsätzlich den anerkannten Auslegungsmethoden: (Wortlaut, System, Sinn und Zweck, Entstehungsgeschichte) Er gewährt dabei derjenigen Auslegungsmethode den Vorzug, die die Verwirklichung der Vertragsziele am meisten fördert und die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaften sichert

- Textdivergenz verschiedener Sprachfassungen

Durch die teilweise bestehende Divergenz werden semantische Argumente bei der Auslegung einerseits entwertet, andererseits zieht der EuGH in Zweifelsfällen auch verschiedene authentische Versionen des Vertragstextes heran

- Vertragsdauer:  
auf unbegrenzte Zeit (Art. 312 EGV)